

Antrag

der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Propaganda mit Journalismus begegnen – Für eine starke Zivilgesellschaft auch in Belarus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 1994 wird die Republik Belarus durch das autoritäre Staatsoberhaupt Alexander Lukaschenko regiert. Sein Regime baut dabei auf eine konsequente Verletzung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien sowie strukturelle Unterdrückung von Kritikern.

Am 9. August 2020 fanden in dem Land zum fünften Mal in Folge Präsidentschaftswahlen statt, die von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als undemokratisch eingestuft werden. Durch gezielte Festnahmen von Mitbewerbern, bewusste Wahlfälschungstaktiken (www.n-tv.de/politik/So-faelschte-Belarus-seine-Wahl-article21999878.html) und gewalttätige Unterdrückung oppositioneller Kundgebungen verhinderte Lukaschenko bereits im Vorfeld der jüngsten Wahlen jeglichen demokratischen Wettbewerb. Nur durch massive Wahlfälschung konnte die zuständige Wahlkommission Lukaschenko zum Sieger erklären, der sich schließlich am 23. September 2020 unter Ausschluss der Öffentlichkeit illegal erneut zum Präsidenten vereidigen ließ. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union erkennen das offizielle Ergebnis der Präsidentschaftswahl nicht an und kritisieren die Amtseinführung ohne demokratische Legitimierung nachdrücklich.

Im Nachgang dieser Wahl kam es zu fortwährenden Massenprotesten in der Hauptstadt Minsk wie auch im Rest des Landes. Mit Wasserwerfern, Gummigeschossen und Blendgranaten gingen die Sicherheitsbehörden dabei gegen friedliche Protestanten vor, mittlerweile ist sogar der Schusswaffengebrauch erlaubt (www.tagesspiegel.de/politik/aussenminister-beraten-ueber-belarus-polizei-in-minsk-darf-nun-auch-scharf-auf-demonstranten-schiessen/26266118.html). Die Antwort des Regimes auf die Proteste forderte dabei mehrere Tote, hunderte Verletzte und mehr als 10.000 Festnahmen. Zugleich wird mit landesweiten Streiks auch in Schlüsselindustrien gegen das Regime protestiert.

Die Präsidentschaftskandidatin und Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja schilderte bei ihrem Besuch in Berlin vom 5. bis 9. Oktober 2020 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung die Forderungen der belarussischen Opposition (www.spiegel.de/politik/ausland/belarus-oppositionsfuhrerin-swetlana-tichanowskaja-in-berlin-a-08024c86-d084-49a2-b901-2ff7cebb73f3). Neben einem Ende der Gewalt gegenüber Protestierenden, der Freilassung politischer Gefangener und der Aufklärung der Verbrechen des Regimes im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen vom August 2020, fordert die Opposition internationale Unterstützung bei der demokratischen Transformation des Landes. Grundpfeiler eines demokratischen Staates ist die Gewährleistung freier Meinungs- und Willensbildung. Dies setzt jedoch den Zugang zu glaubwürdigen Informationen und unabhängiger Berichterstattung voraus, den das Regime seit Jahrzehnten systematisch blockiert. Der staatliche Rundfunk des Landes ist elementarer Teil der Staatspropaganda – von 273 Radio- und Fernsehsendern im Land sind 191 in staatlicher Hand (<http://ssm-seminar.de/index.php/seminar/themen-und-analysen/belarus>). Zugleich gehen Sicherheitsbehörden gezielt gegen kritische Journalisten vor, die über die Gewalt des Regimes und die aktuellen Proteste berichten. Allein im September diesen Jahres wurden nach Angaben der Belarussischen Journalistenvereinigung (BAJ) rund 60 Medienschaffende inhaftiert (<https://baj.by/en/content/60-journalists-were-detained-belarus-september>). Das Ministerium für Information entzog einer der bedeutendsten Nachrichtenseiten, Tut.by, aus konstruierten Vorwürfen den Status als Massenmedienunternehmen. Der willkürliche Entzug von Akkreditierungen ausländischer Journalisten, darunter Reporter der Deutschen Welle, der BBC, der ARD, Reuters und Associated Press stellt einen weiteren Angriff auf die Presse- und Medienfreiheit dar (www.reporter-ohne-grenzen.de/belarus/alle-meldungen/meldung/kritik-an-lukaschenkos-medi-enpolitik).

Soziale Netzwerke und insbesondere Messenger-Dienste (z. B. Telegram) garantieren einen wichtigen Zugang zu unabhängigen Informationen. Dies gilt längst nicht mehr nur für eine jugendliche und urbane Zielgruppe, sondern umfasst weite Teile der belarussischen Zivilgesellschaft. Mit technischen Mitteln (u. a. Internetsperren) versucht das Regime diese Zugänge zu blockieren (<https://netzpolitik.org/2020/praesidentschaftswahlen-landesweite-interneteinschraenkungen-am-wahltag-in-belarus/>).

Nicht nur belarussische Staatssender, sondern vor allem Sender aus dem Nachbarland Russland verbreiten in Belarus gezielte Desinformation und Fake-News. Diese thematisieren dabei insbesondere eine Verschwörung westlicher Staaten und die Steuerung und Finanzierung der Opposition durch ausländische Akteure (<https://euvsdisinfo.eu/you-aint-seen-nothing-yet/>).

Neben anderen Auslandssendern ist auch die Deutsche Welle partiell aktiv. Die Deutsche Welle übernimmt dabei nicht allein die zentrale Funktion des Auslandsrundfunks zur journalistisch unabhängigen Darstellung der Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat, sondern wirkt in über 30 Sprachen als Sprachrohr für europäische Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Weltoffenheit und Toleranz. Die Deutsche Welle steht weltweit für hohe journalistische Standards und kritische Berichterstattung und stärkt damit das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit sowie einen ungehinderten Zugang zu Informationen. Beide Aspekte sind in einer

sich verändernden europäischen, aber auch internationalen Medienlandschaft von unschätzbarem Wert.

In einer globalisierten und digital vernetzten Welt kann die Deutsche Welle ihrer Wirkung als Leuchtturm nur gerecht werden, wenn sie sich den Umständen und Nutzungsgewohnheiten einer konvergenten Medienwelt anpasst. Glaubwürdigkeit und Authentizität ihrer Inhalte werden entscheidend über die angebotenen Distributionskanäle erzeugt. Klassische Medien verlieren zunehmend an Bedeutung, während digitale Angebote und Formate neue Nutzergruppen erschließen.

Die Deutsche Welle leistet in vielen Transformationsländern bereits heute einen essentiellen Beitrag zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit. Hierfür sind nicht nur die klassischen Programme der Deutschen Welle verantwortlich, sondern in besonderem Maße auch die DW Akademie. Mit der multimedialen Ausbildung von Journalisten und Kreativen fördert sie die Prinzipien einer unabhängigen, wertorientierten und demokratischen Grundsätzen verpflichteten Berichterstattung. Mit der DW Akademie verfügt die Deutsche Welle international über ein Alleinstellungsmerkmal, welches es stärker zu nutzen gilt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Deutsche Welle in ihren Bemühungen zu unterstützen, russischsprachige Medienangebote in den Ländern der östlichen Partnerschaft, insbesondere in Belarus sowie in Russland auszubauen, vor allem durch
 - a) den sofortigen sowie umfassenden Ausbau digitaler russisch- und belarussischsprachiger Video- und Audioformate; das bedeutet auch:
 - i. die inhaltliche und markenbildende Präsenzverstärkung in relevanten Social-Media-Kanälen sowie
 - ii. die gezielte Nutzung von Messenger-Diensten als zusätzlichen Verbreitungsweg, um Menschen mit umfassenden Informationen aus unabhängiger Quelle zu versorgen;
 - b) die schnellstmögliche Schaffung eines russischsprachigen TV-Vollprogramms in Belarus im Zuge des fortschreitenden Transformationsprozesses des Landes sowie in Russland und weiteren Ländern der östlichen Partnerschaft;
2. die Deutsche Welle darin zu unterstützen, in ihren tri- und crossmedialen Angeboten die jungen Zielgruppen in den urbanen Zentren von Belarus und weiteren Ländern der östlichen Partnerschaft stärker einzubinden und deren Lebenswirklichkeit noch besser widerzuspiegeln;
3. die Deutsche Welle darin zu bestärken und zu unterstützen, für Belarus und weitere Länder der östlichen Partnerschaft ein unabhängiges Informationsangebot (vergleichbar dem YouTube-Kanal 90+ in der Türkei) zu etablieren;
4. die Deutsche Welle darin zu unterstützen, die Angebote der DW Akademie in Belarus und weiteren Ländern der östlichen Partnerschaft auszubauen;
5. die Deutsche Welle darin zu unterstützen, dass die DW Akademie die bestehenden Fokusländer um Belarus erweitert;
6. die Deutsche Welle in ihren Bemühungen in Belarus und weiteren Ländern der östlichen Partnerschaft durch entsprechende Know-How-Transfers darin zu unterstützen, die breite Zivilgesellschaft unabhängig von Zensur- und Blockademaßnahmen zu erreichen;
7. die Deutsche Welle bei möglichen technischen wie programmlichen Partnerschaften mit anderen wertebasierten Auslandsrundfunksendern wie BBC, Voice of America, Radio Free Europe/Radio Liberty und anderen zu unterstützen;

8. die Deutsche Welle darin zu unterstützen, Fact-Checking-Angebote auszuweiten und über die entsprechenden Verbreitungswege anzubieten, um gezielter Desinformation zeitnah zu begegnen;
9. sich auf diplomatischem Wege für Journalisten in Belarus einzusetzen deren Arbeit – zum Beispiel durch Entzug der Akkreditierung, Inhaftierung oder Abschaltung des Internets – erschwert, behindert oder gar unterbunden wird;
10. die Deutsche Welle darin zu unterstützen, ein Korrespondentenbüro in Belarus zu eröffnen;
11. die vorangegangenen Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel in den beteiligten Einzelplänen entsprechend einzuplanen und zu ermöglichen.

Berlin, den 3. November 2020

Christian Lindner und Fraktion